

Wir brauchen Empathie

Zu: „Einander aushalten“, FR-Tagesthema vom 24. April

Es ist – wie eigentlich immer – wohlthuend, Viktor Funks Gedankengang zu folgen. Ich finde, er konstatiert zu Recht: Es fehlt an Empathie. Aber es ist fatalerweise auch so: Menschliches Verhalten ist ja bedingt, und wir haben wahrlich schlechte Bedingungen für empathisches Verhalten.

Unser Wirtschaftssystem ist so konstruiert, dass es gilt, die eigenen Interessen in der Konkurrenz – eigentlich besser Konkurrenz – gegen die der anderen durchzusetzen. Ich denke, das prägt unser Bewusstsein und Verhalten weit über die originär wirtschaftlichen Zusammenhänge hinaus. Im Kontext dessen, was von uns in unserem System gefordert ist, scheint empathisches Verhalten gegen den Strich zu laufen. Insofern machen die heftigen und rücksichtslosen Reaktionen während dieser Pandemie wie im Brennpunkt deutlich: Wir brauchen dringlich gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Kooperation erfordern anstatt maximales Durchsetzungsvermögen – und die damit eben auch Empathie ermöglichen

Joachim Reinhardt, Hüttenberg

Diskussion: frblog.de/genesimpfte

Rücke vor auf „Los“!

Funkinfrastruktur: „Die Verträge in Scheuers Tresor“, FR-Wirtschaft v. 24.4.

Die Diskussion um die Funklöcher ist wieder ein schönes Beispiel aus der Kategorie „Privatisierung der Gewinne – Verstaatlichung der Verluste“. Nachdem die Mobilfunkkonzerne mit teilweise undurchsichtigen Vertragsklauseln und Abzockfallen über Jahre viel Geld von der Kundschaft eingesammelt haben, sehen sie sich weiterhin nicht in der Lage, eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen.

Die Älteren unter uns werden sich noch erinnern: Es gab in der alten BRD eine Institution namens Deutsche Bundespost Fernmeldedienst, die den Auftrag hatte, eine Bereitstellung von Telekommunikationsdiensten für alle zu gewährleisten. Mobilfunk gab's noch nicht, aber als adäquates Beispiel sei der Fernsehempfang angeführt: Hier wurden auch im letzten abgelegenen Tal, auch wenn es nur wenige Bewohner hatte, spezielle Umsetzer errichtet, damit Fernsehsignale empfangbar waren – der Staat sorgte dafür, auch wenn es „unwirtschaftlich“ war.

Das Postministerium ist zwar aufgelöst, aber in Form der „Funkinfrastrukturgesellschaft“ muss es nun wieder der Staat richten und man ist da angekommen, wo man vor Jahrzehnten aufgehört hat!

Elmar Pfannerstill, Erfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet unter frblog.de/lf-20210503

Was tun für Insekten? Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, Blühpflanzen, Totholz – lesen Sie hier: frblog.de/garten-07

Ihre Fragen an Olaf Scholz: Der Kanzlerkandidat der SPD ist am 19.5. um 19 Uhr Gast einer FR-Podiumsdiskussion. Leserinnen und Leser können Fragen an ihn richten. Wenn Sie interessiert sind, bewerben Sie sich bitte bis zum 18.5., 12 Uhr, per Mail an chefredaktion@fr.de.

FR ERLEBEN

Bernd Hontschik und Claudia Hontschik lesen aus ihrem Buch „Kein Örtchen. Nirgends.“ **Barrierefrei durch den Alltag?** Diskussion per Zoom mit Manuela Rottmann (MdB, Grüne). Einwahllink: <https://zoom.us/j/92929065497?pwd=bVJmVDNsVm10N1g3N1VpZkYldFdyQT09>
Donnerstag, 6. Mai, 18 Uhr

Stephan Hebel und viele andere sind in der Aufzeichnung einer Veranstaltung vom 11. April zu sehen, bei der es um Julian Assange und die Bedrohung der freien Meinungsäußerung ging: „Assange – Fragmente einer Unzeit“. Eine Matinee beim Ensemble Modern mit Musik und Diskussion. **Kostenlos abrufbar.**
Bis Dienstag, 11. Mai
www.FR.de/utopisch

Die verpennte Zeit ist kaum aufzuholen

Klimaschutzgesetz: „Verfassungsgericht for Future“ u. „Lieber später als schlecht“, FR-Politik v. 30. 4. und -Meinung v. 3.5.

Was hat die Politik denn bisher gehindert?

Spät, viel zu spät kommt dieses Urteil des Verfassungsgerichts. Seit über 30 Jahren tut die fossile Industrie im Verbund mit der jeweiligen Bundesregierung alles, um ein Umsteuern auf „grüne Energie“ zu verhindern, flankiert durch allgemeines Gerede für Klimaschutz sowie Arten- und Umweltschutz. Die Täter: Altmaier, Scholz, Klöckner, Schulze. Es wurde immer nur geredet, man wolle alles besser machen, man habe Fehler gemacht, aber jetzt gehe es los. Dasselbe jetzt: Man begrüßt das Urteil, jetzt könne man endlich loslegen. Was hat sie denn bisher gehindert?

In den 80ern hatte man eine funktionierende Solarindustrie. Die überließ man den Chinesen und vernichtete tausende Arbeitsplätze. Nachdem bekannt wurde, dass die Windindustrie konkurrenzfähig wird, erließ man neue Bestimmungen für Abstände und tat auch sonst alles, um neue Windmühlen zu verhindern, bis die Windenergie zum Erliegen kam.

Die Parteien und Leute, die bis jetzt die Geschicke gelenkt haben, haben zwar immer gesagt, sie wollten das Klima und die Umwelt retten, haben aber genau das Gegenteil getan. Man sollte sie zur Rechenschaft ziehen, immerhin haben sie einen Eid geleistet. Auf jeden Fall sollte man sie in die Wüste jagen.

Die Menschheit hat nicht verstanden, dass es ums Überleben geht. Die CO₂-Werte gehen immer steiler nach oben, die Folgen sind kaum abzusehen. Zu glauben, es werde schon noch gutgehen, wird sich bitter rächen. Es steht zu befürchten, dass sich die Gesamtsituation nicht ändern wird, auch mit dem Urteil nicht, das sich ja nur auf das Klima beschränkt, dabei sind Umwelt- und Artenschutz genauso wichtig. Der dumme Homo s. wird weiter an seinem Untergang arbeiten, denn Maßnahmen, die wirklich greifen, müssten so einschneidend sein, dass die Bevölkerung sie nicht mittragen wird. Man hat 30 Jahre und mehr verschlafen, die sind jetzt kaum noch aufzuholen.

Jürgen H. Winter, Schöneck

Mit Nachbessern allein ist es nicht getan

Ich habe es nicht zu hoffen gewagt, aber es ist geschehen. Das Verfassungsgericht hat das „Klimapäckchen“ unserer Bundesregierung als das bezeichnet, was es ist: unzureichend. Die Regierung muss nachbessern, da Maßnahmen nur bis 2030 reichen und die Hauptlast kommenden Generationen aufgebürdet wird. Die für das Fiasco verantwortlichen Politiker zeigen reihum auf die „Schuldigen“.

Mit Nachbessern ab 2030 ist es allerdings nicht getan. Die Maßnahmen bis 2030 sind schon unzureichend. Wir haben gese-

hen, dass das, was unter der Maßgabe des Pariser Klimaabkommens beschlossen wurde, weder ausreicht noch eingehalten wird. Die für das 1,5-Grad-Ziel viel zu niedrigen CO₂-Einsparungsziele wurden bei uns 2020 nur erreicht, weil die Pandemie die Wirtschaft gebremst hat. Wesentliche Bereiche wie Verkehr und Landwirtschaft haben nichts zur CO₂-Reduzierung beigetragen. Die Bundesregierung versucht z.B., bei den Grenzwerten für Kraftfahrzeuge die von der EU geplanten strengeren Grenzwerte zu verhindern. Herr Altmaier treibt eine neue Sau durchs Dorf und schwafelt von „grünem Wasserstoff“ als Klimaretter. Dabei ist längst bewiesen, dass in der uns verbleibenden Zeit Wasserstoff höchstens für industrielle Prozesse sinnvoll eingesetzt werden kann. Außerdem bedeutet „grün“, dass der Strom zur Erzeugung von Wasserstoff aus regenerativen Quellen kommen muss, deren Aufbau Altmaier mit allen Mitteln verhindert. Er setzt nach wie vor auf Erdgas.

Die speziell von CDU/CSU vertretene rückwärts gewandte, klimaschädliche Politik, die jeden Fortschritt in eine nachhaltige Welt verhindert, muss beendet werden. Am besten ohne CDU/CSU. Nebenbei bemerkt: Das Urteil ist auch eine schallende Ohrfeige für alle, die die klimaschädliche Politik von CDU/CSU durch ihr Wahlverhalten unterstützen.

Dieter Murmann, Dietzenbach

Der Kitt dieser Gesellschaft bröckelt

Erwiderungen auf „Woher nimmt die Politik die Euphorie?“ u. „Inkompetenz, Chaos...“, FR-Forum vom 28. und 20. April

Eine kleine Weltreise für Menschen ohne Auto

Dem Leserbrief von Wolfgang Zink kann ich mich nur anschließen. Genau dies habe ich erlebt. Ich habe mich sofort, als Astrazeneca für die Prioritätsgruppe 3 freigegeben war, im Impfportal für Büdingen/Wetteraukreis angemeldet. Bei meiner telefonischen Rückfrage bekam ich keinen Rat, diesen Anruf hätte ich mir sparen können. Nun bin auch ich gespannt, wie viele Wochen ins Land gehen, bis ich eine Nachricht bekomme. Überall hört man, keiner will sich mit Astrazeneca impfen lassen. Dann meldet man sich mit großer Hoffnung an – und nichts ist. Höre aber von Bekannten und Verwandten, dass es in Frankfurt oder anderen Landkreisen teils ganz flott geht. Zwischen Anmeldung und Impftermin drei bis vier Tage. Was soll ich davon halten? Meine Frustrationsgrenze ist im Moment auch sehr niedrig.

Das Impfzentrum des Wetteraukreises ist in Büdingen – für Menschen ohne Auto eine „kleine Weltreise“. Es sei denn, sie wohnen in der Nähe. Ich fahre von Bad Nauheim einfach knapp zwei Stunden mit dem Zug. Am Bahnhof in Büdingen fährt immerhin alle Stunde ein Bus. Wunderbar! Nach Frankfurt wä-

re es eine halbe Stunde. Ist aber nicht möglich. Wetterauer:innen müssen nach Büdingen!

Marina Wendt, Bad Nauheim

Alle sind sich selbst die Nächsten

Trotz aller Schönrederei unserer Verantwortlichen: Hessen ist derzeit das Schlusslicht beim Impfen unter allen Bundesländern. Wahlweise erfolgt die Schuldzuweisung an die einzelnen Kreise, die angeblich zu viele Vorräte anlegen. Die Kreise wehren sich und bemängeln „insgesamt unpräzise Lieferketten“, Impfzentren melden freie Termine, die das Land nicht freischaltet. Von Chaos ist die Rede.

Wenn man dann noch lesen muss, welche Hürden zu überwinden sind, um an eine Impfung zu kommen, kann man verzweifeln. Anfangs blockierte Telefonleitungen und wegen Überlastung abstürzende Plattformen, jetzt zunehmend Ereignisse vor Ort, die schlicht empörend zu nennen sind. Über die Plattform „Terminland“ gebuchte Impftermine sind ungültig, da diese nur bestimmten Berufsgruppen zustehe. Offensichtlich fehlte auf der Plattform jegliche Information. In der FR vom 22.4. ist zu lesen, dass eine 83-jährige, auf den Rollator angewiesene Frau in Begleitung ihres Sohnes von einer Security-Kraft am angeblich fal-

schen Eingang abgewiesen wurde, obwohl sie diesen bereits bei der ersten Impfung benutzt hatte.

So ist der Leserbriefschreiberin aus Darmstadt nur zuzustimmen, die von Inkompetenz, Chaos und Mangel an Kommunikation bei der Organisation der Impfungen spricht. Viele warten wie sie nach Wochen noch auf die Zuteilung eines Termins, während anderen gleichen Jahrgangs schon nach wenigen Tagen einer zugeteilt wird. Auf ihre Nachfrage gibt es vom Innenministerium den stereotypen Hinweis, die Priorisierung werde auf jeden Fall eingehalten. Dass dies allzu häufig nicht der Fall ist, zeigt sich drastisch in meiner Umgebung: Impfwillige sind plötzlich Bezugsperson einer 94-jährigen Tante und berichten dies mit einem Augenzwinkern.

In diesen Zeiten wird das Denken zunehmend davon geprägt, dass jeder sich selbst der Nächste ist. Rücksichtnahme, Solidarität und Gemeinsinn verflüchtigen sich offensichtlich auch in Kreisen, die sich bisher zu diesen Werten bekannt haben. So bröckelt der Kitt einer Gesellschaft. Diesen Prozess begünstigt die Landesregierung durch ihr Unvermögen, Abläufe transparent und kommunikativ zu gestalten. Sie trägt die Verantwortung! Helmi Karst, Mühlheim a.M.

Diskussion: frblog.de/gezerre